



Christopher Vogel

arbeitet als Sozialpädagoge beim Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hessen in Kassel und ist Sprecher der AG ländliche Räume im Bundesverband Mobile Beratung.

/// Erfahrungen aus der Arbeit eines Mobilen Beratungsteams

Demokratie braucht Engagement

Aus vielen Gesprächen in den ländlichen Regionen ergibt sich ein Gefühl für die Stimmungslagen und rechtsextremen Gefährdungen vor Ort. Es ist wichtig, dem nachzugehen und zu hinterfragen, warum dem so ist, damit an den eigentlichen Problemen und Bedürfnissen gearbeitet werden kann, statt an Parolen. Was viele Menschen brauchen, ist das Gefühl, etwas bewirken zu können. Dies ist der Ansatzpunkt für Demokratie förderndes Engagement.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e.V. (kurz MBT Hessen) gründete sich im Sommer 2003 in Kassel als erstes Mobiles Beratungsteam in Westdeutschland. Im Jahr 2009 erstellte das MBT Hessen für einen sehr ländlich geprägten nordhessischen Landkreis eine Regionalstudie. Anhand von fast hundert Interviews sollten rechtsextreme Gefährdungen, aber auch bestehendes Engagement für Demokratie erhoben werden.

Anlass war ein gewalttätiger Übergriff durch Neonazis auf ein Jugendzeltlager, bei dem ein 13-jähriges Mädchen lebensgefährlich verletzt wurde. Als Reaktion auf den Überfall bestätigte der damalige Landrat, dass im Kreis ein Problem mit Rechtsextremismus existiere und beauftragte das MBT Hessen mit einer Studie, um herauszufinden, wo genau rechtsextreme Gefährdungen bestehen, wie darauf vor Ort reagiert wird, welches Engagement es schon gibt und wo es noch ausbaufähig ist.

Das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus war das erste in Westdeutschland.

In einem Schneeballsystem wurden lokal relevante Akteure in fast allen Gemeinden im Kreis interviewt und um ihre Einschätzungen gebeten. Neben den Interviews reicherte das MBT die Studie mit eigenen Kenntnissen der Neonaziszene und Recherchen zu einzelnen Gruppen und Gemeinden an. In der Folge richtete der Kreis eine Stabsstelle zum Thema ein, die heute in eine Partnerschaft für Demokratie übergegangen ist und sehr erfolgreich zum Thema arbeitet. Es ist heute, zehn Jahre später, für Rechtsextreme schwieriger geworden, öffentlich aufzutreten, und die Sensibilität gegenüber demokratiefeindlichen Phänomenen im Landkreis ist spürbar höher geworden.



Beratungsnetzwerk
**Bayern gegen
Rechtsextremismus**

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung unterstützt und aktiviert deutschlandweit engagierte Menschen, Organisationen und Initiativen mit dem Ziel, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken. Das Konzept wird in einer heterogenen Struktur von Trägern in den 16 Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. In Bayern arbeiten drei regionale Teams unter dem Dach des bayerischen Jugendrings.

Nähere Informationen unter

www.lks-bayern.de

Wahrgenommenes Stimmungsbild vor Ort

Viele Interviewte berichteten schon damals, dass allgemein ein Gefühl vorherrschen würde, es ginge mit der Region bergab, obwohl wirtschaftliche Kenndaten des Landkreises wie etwa die Arbeitslosenquote keine Auffälligkeiten zeigten. Beklagt wurde, die Politik in der Landes- bzw. Bundeshauptstadt würde sich nicht mehr kümmern.

Aus meiner Sicht waren dies bereits Anzeichen für die seit den Jahren 2015/16 zu konstatierende Spaltung der Gesellschaft in Deutschland: Während ein Teil der Gesellschaft die Aufnahme Geflüchteter tatkräftig anpackte, wandte sich ein anderer Teil dem Rechtspopulismus zu, weil „die Politik“ sich scheinbar mehr um Geflüchtete kümmerte als um sie. Zu den wahrgenommenen Veränderungen im eigenen Umfeld – wie leerstehende Häuser oder dass Geschäfte schließen und immer mehr Menschen wegziehen – kommen auch allgemeine Entwicklungen. Hierzu zählen die Digitalisierung, die Veränderung von beruflichen Anforderungen und eine allgemeine Unsicherheit, wie es im Alter werden wird. Globalisierung wird in diesen Kreisen signifikant stärker als Bedrohung denn als Chance gesehen.¹

Viele Menschen machen keine Erfahrungen der Selbstwirksamkeit mehr. Wahlanalysen zeigen, dass Männer signifikant stärker AfD wählen als Frauen, weil sie ihre bisherige Position in der Gesellschaft gefährdet sehen.² Viele scheinen sich in eine Zeit zurückzusehnen, in der Männer, gerade in ländlichen Regionen, die alleinigen Versorger der Familie waren, Frauen Haushalt und Kinderbetreuung verrichteten und Minderheiten im öffentlichen Diskurs nicht vorkamen bzw. ohne Konsequenz abgewertet werden konnten.

Aber es griffe natürlich viel zu kurz, ländliche Räume als defizitäre Sozialräume wahrzunehmen, die fest in der Hand von rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen und Aktivitäten sind (vgl. Beitrag von Larissa Deppisch und Andreas Klärner in diesem Heft). Unzählige Vereine und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse engagieren sich tagtäglich für ihr Gemeinwesen. Lokale Akteure wehren sich gegen demokratiefeindliche Phänomene.

Seit 2015/16 wandte sich ein Teil der Bevölkerung dem Rechtspopulismus zu.

Zwischenfazit

Im Moment scheint es nicht nur darum zu gehen, wie Rechtsextremismus und -populismus zurückgedrängt werden können, sondern auch darum, wie demokratische Kultur in schrumpfenden Räumen verteidigt und ausgebaut werden kann. Sinnvoll wären folgende Maßnahmen:

Investitionen in Köpfe, nicht nur in Steine

Es gibt viele Förderprogramme für die Entwicklung ländlicher Räume, die sie dabei unterstützen, ihre Infrastrukturen und Gebäude zu modernisieren und neue Angebote sowie ehrenamtliches Engagement zu initiieren. Beispielsweise werden Bürgerbusse finanziell gefördert, der Fahrdienst selbst wird ehrenamtlich organisiert. Doch Ehrenamt hat auch seine Grenzen. Für viele Aufgaben braucht es hauptamtlich Beschäftigte, und zwar mit längerer Perspektive, nicht nur auf 2-3 Projektjahre befristet.

Stärkung von Engagement gegen demokratiefeindliche Bestrebungen – Aufstand der Zuständigen

Ein positiver öffentlicher Umgang mit den Flüchtlingen verstärkt das Engagement der Bevölkerung.

Im Umgang mit den Geflüchteten in den Jahren 2015/2016 hat sich gezeigt, dass Lokalpolitik und Verwaltung als Vorbilder dienen. Überall dort, wo sie motivierend voranschritten, waren die Menschen umso stärker bereit, sich für die Neuankommenden zu engagieren – und umgekehrt. Es ist ihre Aufgabe, klare Haltung zu zeigen, wenn mit populistischen Äußerungen auf Flüchtlinge oder andere Minderheiten gezeigt wird, weil diese angeblich an allem die Schuld tragen. Hier gilt es deutlich zu machen, was das eigentliche Problem ist und auf eine Lösung zu drängen. Statt resigniert Platz zu machen für jene, die rassistische und minderheitenfeindliche Ressentiments schüren, ist es besser, die Bürger für die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens zu motivieren, sie nach Ideen und Konzepten zu befragen und in die Umsetzung einzubinden.

Hier können sie Erfahrungen von „Selbstwirksamkeit“ erleben, denn mit ihrem Engagement stehen sie einem Menschen bzw. einer Familie bei ihrem Ankommen zur Seite und bekommen Erfolge (und Niederlagen) direkt mit. Das gilt auch allgemein für das Engagement in ländlichen Räumen: für die Anliegen aller Menschen, die dort leben, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder kulturellen Prägung.

Perspektivwechsel: Nicht an der lautstarken Minderheit abarbeiten, sondern die leise Mehrheit wahrnehmen

Gerade in den letzten drei Jahren sind viele Engagierte verstärkt mit menschenfeindlichen Einstellungen und Aussagen im privaten, ehrenamtlichen und beruflichen Kontext konfrontiert. Die Mehrheit hierzulande lehnt rechts-extreme und -populistische Hetze ab, die überwältigende Mehrheit sieht in unserer Demokratie das bevorzugte und beste politische System.³ Dennoch arbeiteten sich Medien, Politik und Zivilgesellschaft an Provokationen des rechten Randes ab, statt sich ihrer eigenen Stärke bewusst zu sein und eigene Forderungen zu formulieren. Fehlen bezahlbarer Wohnraum, ausreichend Kitaplätze oder andere Infrastrukturen? Dann sollte das geändert werden, egal ob es um Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund oder Alteingesessene geht. Die Politik konzentriert sich auf Ballungsräume und urbane Erfordernisse? Dann sollten die Belange ländlicher Räume offensiv eingefordert werden. Es braucht politische Verantwortungsträger, die der bisher ziemlich leisen Mehrheit zuhören, anstatt eine laute Minderheit bedienen zu wollen.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt rechte Hetze ab, nur eine kleine Minderheit verbreitet menschenfeindliche Parolen.

Lokales Handlungskonzept für das Zusammenleben

Das MBT Hessen hat ein Modellprojekt zur Aktivierung gesellschaftlichen Engagements im Dorf bzw. in der Kleinstadt entwickelt. Ziel ist es, eine lebendige Zivilgesellschaft zu aktivieren und gemeinsam mit Politik und Verwaltung für lokales Handeln zu gewinnen. In einem begleiteten Prozess erarbeiten sie vor Ort gemeinsam ein Handlungskonzept, das ihre Visionen und die konkreten Schritte für eine Stärkung des Zusammenlebens beschreibt.

In einem Modellprojekt zur Aktivierung gesellschaftlichen Engagements werden Bedarfe erhoben.

In einem ersten Schritt werden die spezifischen Bedarfe, Problemlagen und Ideen in der Kommune erhoben und analysiert. Hierzu entwirft ein lokaler Projektbeirat zusammen mit dem MBT Hessen einen Fragenkatalog für Interviews. Die entsprechenden Fragestellungen könnten z. B. lauten: Wie nehmen die vor Ort lebenden Menschen ihre Kommune wahr, welche Probleme und Potenziale sind aus ihrer Sicht vorhanden? Was sollte sich bessern bzw. ausgebaut werden? Welche Veränderungen gibt es und was wird für die Zukunft erwartet? Welche sozialen Differenzen, die ihr Leben direkt betreffen, werden von den Einwohnern beobachtet? Letztendlich geht es darum, was für Themen die Menschen vor Ort als wichtig für ein gelungenes Zusammenleben und die Zukunft ihres Wohnortes definieren. Aber auch, welches Engagement schon existiert und worin Befragte bereit wären, sich einzubringen (aktivierende Befragung)⁴.

Außerdem werden Interviews geführt mit einem so heterogenen Publikum wie machbar im Gemeinwesen: vom Bürgermeister über die Vorsitzende der Landfrauen bis zur Jugendclique und den Neuzugezogenen. So kann man ein umfassendes Bild der Gemeinde aus der Sicht möglichst vieler Bewohner mit ihren spezifischen Sichtweisen, Kritikpunkten und Vorschlägen bekommen.

Die Ergebnisse werden von der MTB Hessen ausgewertet und aufbereitet und mit Handlungsempfehlungen der Kommune zur Verfügung gestellt (z. B. Bürgermeister oder Ortsbeirat), ehe sie in einer geeigneten Form der lokalen Öffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt werden (z. B. in einer Bürgerversammlung).

Der nächste Schritt besteht aus einem Bürgerdialog in allen Ortsteilen, in dem die Bürger zusammen mit Vertretern der Kommunalpolitik und der Verwaltung auf der Grundlage der Analyse des ersten Schritts gemeinsam Ideen und konkrete Handlungsstrategien entwickeln. Wichtig hierbei ist tatsächlich, möglichst in allen Ortsteilen eine Veranstaltung durchzuführen, weil sich Problemlagen in einem Ortsteil völlig anders darstellen können als im Kernort der Gemeinde. Wenn gewünscht, kann dieser Bürgerdialog wiederholt oder institutionalisiert werden.

Im nächsten Schritt werden auf einem Bürgerdialog gemeinsam Handlungsstrategien entwickelt.

In einem längerfristigen Prozess soll auch die Expertise der klassischen Angebote anderer Träger vor Ort wie z. B. Volkshochschulen, Jugendpflege, Vereine, Verbände und Kirchen eingebunden werden. Denn natürlich kann nicht über bestehendes Engagement und vor Ort tätige Akteure hinweggegangen werden. Dies alles geschieht immer anhand der geäußerten Bedarfe und der vor Ort vorhandenen Ressourcen.

So ein Vorgehen kostet Zeit und Geld, aber einfache und schnelle Lösungen gibt es nicht in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen. Zurzeit (Februar 2020) steht die Übertragung des Projekts auf weitere Gemeinden am Anfang, erste Gespräche sind in Nordhessen geführt worden. Aber es gibt allorts diverse ermutigende Beispiele dafür, dass Bürger über Wissen verfügen, das darauf wartet abgerufen zu werden und diese auch bereit sind, sich für Gemeinwesen und Demokratie zu engagieren.

///

Anmerkungen

- ¹ de Vries, Catherine / Hoffmann, Isabell: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum, Gütersloh 2016, S. 21.
- ² Vgl. z. B. https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/390abd1b-20da-4317-b321-195b332c884b/btw17_wista_03-2018.pdf, Stand: 16.1.2020.
- ³ Vgl. z. B. Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018, S. 96 f.
- ⁴ Vgl. z. B. <https://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php>, Stand: 16.1.2020.